Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 66. für Anhalt und Thüringen. **Jahrgang 196.**

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk., für das Vierteljahr. Post-Zeitungsliste Nr. 5359. Die Hallesche Zeitung erscheint wochentäglich zweimal. — Gratis-Beilagen: Hall. Courier (tägl. Frühstücksbl.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landwirtsch. Mitteilungen.

Montag-Ausgabe

Anzeigen-Gebühren für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Halle 15 Pfg., auswärts 25 Pfg. Amtliche Anzeigen 30 Pfg. Reklamen im Redaktionellen Teil die Zeile 75 Pfg. Anzeigen-Annahme bei der Expedition in Halle a/S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a/S. Leipzigerstr. 87.
Telephon Nr. 158.
Schriftleitung: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Montag, 9. Februar 1903.

Geschäftsstelle in Berlin Beranburgerstr. 3.
Telephon-Amt VIa Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 9. Februar.

* **Aus dem Reichstage.** In der Sonnabend-Sitzung wandte sich die Etatberatung dem Spezialetat des Reichsamts des Innern zu. Die Debatte, welche sich fast ausschließlich mit den hierzu eingebrachten Resolutionen beschäftigte, floß eintönig und langsam dahin. Nur drei Redner gelangten zum Wort, die Abgg. Trimborn, Röficke-Dessau und Wurm. Ihre Darlegungen unterschieden sich wenig von dem Inhalt und dem Ton früherer Reden jener Herren über den gleichen Gegenstand. Bemerkenswert war indessen die scharfe Zurückweisung, welche der badische Gesandte v. Jagemann dem „Genossen" Wurm auf seine Angriffe gegen die badische Regierung erteilte. Unter lebhaftem Beifall hielt er ihm die Mahnung des von den Sozialdemokraten so vergötterten verstorbenen Gewerbeinspektors Wörishofer entgegen, daß nur die von außen hereingetragene politische Agitation der Sozialdemokraten das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in Baden hindere und störe.

* **Aus dem Landtage.** Die Etatberatung im Abgeordnetenhause ist am Sonnabend wieder einen Schritt vorwärts gekommen. Dem Minister des Innern wurde sein Gehalt bewilligt, nachdem er noch eine kleine Aussprache mit Herrn Barth über die Theaterzensur gehabt hatte. Der Abgeordnete Barth trat wieder als Doppelfraktionsmann auf, d. h. als berufener Vertreter nicht nur der freisinnigen Vereinigung, sondern auch der sozialdemokratischen Partei, indem er sich darüber beschwerte, daß Beamte ihr Mißfallen über das Auslegen des „Vorwärts" in bestimmten Lokalen ausgedrückt hätten. Alsdann äußerte er, wie wir oben erwähnten, seinen Aerger über die Handhabung der Theaterzensur, besonders hinweisend auf das Heysesche „Maria von Magdala" und „Das Tal des Lebens" von Max Dreyer, deren Aufführung verboten ist. Minister Frhr. v. Hammerstein antwortete in längerer und eingehender Rede. U. a. teilte er mit, daß in dem Zeitraume der letzten zwei Jahre dem Zensor 723 Theaterstücke vorgelegen hätten. Davon seien 630 genehmigt, 51 zurückgezogen, 29 noch nicht erledigt worden. Nur 10 haben die Genehmigung nicht erhalten, darunter aber befanden sich fünf französische. Von den 723 Stücken sind also nur fünf deutsche Stücke nicht genehmigt worden, darunter allerdings die beiden oben genannten. Der Minister erläutert nun genau, warum diesen die Aufführungsgenehmigung versagt worden ist. Dies geschah einerseits aus christlich-religiösen und andererseits aus preußisch-monarchischen Erwägungen heraus. Der Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.) trat insonderheit gegen die Behauptungen des Abg. Dr. Barth über die angebliche Zwangslage aller Staatsbeamten bei den politischen Wahlen auf; indem er (Frhr. v. Zedlitz) bestritt, daß die Beamten durch ihre Stellung gezwungen seien, ihre Stimmen nur für solche Kandidaten abzugeben, die der Regierung genehm seien. Er führte dabei u. a. folgendes aus: Tatsächlich hat eine Anzahl nicht nur von niederen und höheren Lehrern, sondern auch höheren Ministerialbeamten in Berlin und den Vororten für Wahlkandidaten gestimmt, die der Regierung nicht freundlich gesinnt sind, ohne daß ihnen von ihren Vorgesetzten auch nur der geringste Vorwurf gemacht worden ist. Eine Beschränkung gibt es allerdings für jeden Beamten, der seine Pflicht gegen den Staat erfüllen will. Er darf unter keinen Umständen die Bestrebungen der Sozialdemokratie, die unsere Staats- und Gesellschaftsordnung umstürzen will, unterstützen. Ein Beamter, der seine Stimme einem Sozialdemokraten gäbe, würde ihre Bestrebungen fördern, und das kann unter keinen Umständen geduldet werden. Diesen Ausführungen des Herrn v. Zedlitz wurde von der rechten Seite des Hauses lebhaft zugestimmt. Dem Abg. Faltin wurde auf seine Beschwerde über unrechtmäßige Auflösung von Volksversammlungen in Oberschlesien vom Geheimrat v. Bischofshausen erwidert, daß nach einer Verfügung des Regierungspräsidenten von Oppeln Auflösungen von Versammlungen nur wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache nicht mehr stattfinden sollen. Eine Beteiligung von Beamten an polnischen, zur Agitation bestimmten Versammlungen müsse selbstverständlich als ungehörig bezeichnet werden. Nach Erledigung des Etats wurde auch der Wahlländerungsantrag der Abgg. Barth und Genossen erledigt, und zwar dadurch, daß er abgelehnt wurde.

* **Der weitere Ausschuß des Bundes der Landwirte** trat am Sonnabend vormittag im Abgeordnetenhause zusammen, um die Tagesordnung bezw. die Beschlüsse zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung für die am Sonntag stattfindende Generalversammlung vorzubereiten. Die Versammlung war aus allen Landesteilen Deutschlands sehr gut besucht, u. a. waren anwesend der offizielle Führer der konservativen Gesamtpartei, erster Vizepräsident des Herrenhauses, Landesdirektor Frhr. von Manteuffel, der erste Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Reichstags- und Landtagsabgeordneter Frhr. v. Wangenheim (Pyritz), das Mitglied des Herrenhauses und Elser-Ausschusses des deutsch-konservativen Wahlvereins Graf Mirbach, Reichstagsabgeordneter Lucke, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des hannoverschen Provinzialvereins Schoof, der Bundesdirektor, Reichstags- und Landtagsabgeordneter Dr. Hahn, Major a. D. Endell. Frhr. v. Wangenheim leitete die Verhandlungen. Der Ausschuß sprach dem engeren Vorstande einstimmig den Dank für seine feste Haltung im Zollkampf und sein Vertrauen in dessen weitere Führung aus. Ueber die Generalversammlung selbst werden wir noch eingehend berichten.

* **Ein weiterer sozialpolitischer Antrag des Zentrums** betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist dieser Tage dem Reichstage unterbreitet worden. Der Antrag, welcher zum Etat des Reichsamts des Innern gestellt ist, lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in der nächsten Session dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen auf der Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuchs geregelt wird."

Derselbe Antrag ist bekanntlich schon früher von seiten des verstorbenen Abg. Dr. Lieber gestellt worden. Durch die Verleihung der Rechtsfähigkeit an Berufsvereine soll angeblich das Koalitionsrecht der Arbeiter gesichert werden. Offenbar sucht sich das Zentrum das Wohlwollen der katholischen Arbeiter für die künftigen Wahlen durch diese bedenklichen Anträge zu sichern.

* **Deutschland und die Weltausstellung in St. Louis.** In der am Freitag in Stuttgart abgehaltenen Konferenz mit dem Reichskommissar Lewald über die Beschickung der Weltausstellung in St. Louis waren etwa 40 württembergische Firmen vertreten. Lewald hob hervor, daß die Deutschen auf der Weltausstellung einen großen Erfolg erzielen könnten, wenn sie durch Beschickung derselben die Amerikaner in dem überall vorhandenen Glauben bestärkten, daß Amerika auf industriellem Gebiete nur einen ernsten Gegner habe, nämlich Deutschland. Auf die Anfrage, ob für den Wasserweg eine Ermäßigung der Transportkosten erwartet werden dürfe, erklärte der Reichskommissar, daß ein endgültiges Abkommen nach dieser Richtung noch nicht getroffen sei.

* Seine Majestät der **Kaiser** unternahm Freitag nachmittag einen Spazierritt. Zur Abendtafel um 8 Uhr waren Prinz und Prinzessin Heinrich geladen. Um 10½ Uhr begab Se. Majestät sich zum Oberstkämmerer Grafen Solms-Baruth, wo eine Taufzeitlichkeit stattfand. Sonnabend morgen von 8½ Uhr ab machte der Kaiser den gewohnten Spaziergang im Tiergarten und besichtigte dabei das zwischen dem Goethe- und dem Lessing-Denkmal aufgestellte Phantom zu einem Standbild des Großen Kurfürsten von Professor Janensch. Später besuchte Se. Majestät den Reichskanzler Grafen Bülow, empfing um 10 Uhr im Königl. Schloß eine Abordnung der städtischen Behörden von Spandau zur Abstattung des Dankes der Spandauer Bürger anläßlich der Entfestigung Spandaus, und hörte darauf die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes, Vizeadmirals v. Tirpitz, und des Chefs des Marinekabinets, Vizeadmirals Frhrn. von Senden-Bibran. Um 12½ Uhr empfing Se. Majestät den Vorstand der Feuerschutz-Ausstellung und nahm um 12¾ Uhr militärische Meldungen entgegen.

Ihre Majestät die Kaiserin empfing am Sonnabend in Gegenwart des Prinzen Heinrich von Preußen das Präsidium des Deutschen Hülfskomitees für Ostasien, bestehend aus dem Herzog von Ratibor, dem bayerischen Gesandten Grafen v. Lerchenfeld, dem Wirklichen Geheimen Rat Fischer und dem Fabrikbesitzer Emil Selberg, und nahm den Bericht des Generalsekretärs entgegen. Ihre Majestät sprach dem Präsidium Dank für den erreichten Erfolg aus und überreichte dem Generalsekretär Selberg eine kostbare Tuchnadel mit Brillanten.

* **Die Romfahrt des Kaisers.** Der König von Italien hat gesprächsweise einem Diplomaten erklärt, ihm sei das Datum der Ankunft des Zaren noch nicht bekannt. Kaiser Wilhelm werde am 27. April in Rom eintreffen.

* **Kaisertelegramm.** Aus Anlaß des Ablebens des inaktiven Staatsministers von Delbrück ist der Witwe des Verstorbenen folgendes Beileidstelegramm des Kaiserpaares zugegangen:

Die Kaiserin und Ich sprechen Ihnen Unser von Herzen kommendes Beileid aus beim Ableben Ihres teuern Gatten. Möge das Bewußtsein, daß er Meinem Großvater und Mir stets ein treuer, bewährter Diener gewesen ist, Ihnen ein kleiner Trost sein in dieser Trauerstunde. Wir werden ihm stets ein treues Andenken bewahren.

Wilhelm, I. R. Victoria.

Auch der Großherzog von Baden und der Reichskanzler haben Beileidstelegramme gesandt.

* **Aus der Armee.** Die von anderer Seite in Umlauf gesetzten Gerüchte über einen demnächstigen Rücktritt des Generalinspekteurs der Kavallerie, Generals der Kavallerie v. d. Planitz, sind, wie wir versichern können, völlig aus der Luft gegriffen.

* **Aus der Marine.** Der Kaiser hat durch Kabinettsordre vom 24. Januar 1903 bestimmt, daß für die besten Schießleistungen der Offiziere und Unteroffiziere der Marine mit dem Gewehr alljährlich Ehrenpreise verliehen werden und genehmigt, daß die Gewehrschießvorschrift für die Marine durch Bestimmungen für den Wettbewerb um die Ehrenpreise ergänzt wird. — Der Kaiser hat auf den Bericht des Kommandos des Kreuzergeschwaders über die Leistungen der Schiffe dieses Geschwaders im Schießen mit Schiffsartillerie den durch Kabinettsordre vom 18. Januar 1901 gestifteten Preis für das laufende Schießjahr dem kleinen Kreuzer „Thetis" zugesprochen.

* **Personalnachrichten.** Regierungspräsident Holtz in Oppeln teilt mit, daß die Nachricht der „Schles. Ztg.", er würde demnächst eine Studienfahrt nach Amerika machen, irrtümlich ist. Der Irrtum sei wahrscheinlich dadurch veranlaßt, daß er demnächst die Orientfahrt der „Augusta Viktoria" mitmacht. — Dem Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Althoff ist der Kronenorden 1. Klasse verliehen; die Verdienste um die Errichtung der katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg werden also bei allen Beteiligten „gewürdigt". — Der Handelskammersekretär Dr. Kaltmann ist in die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes berufen worden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 7. Februar, 11 Uhr.

Die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (freikons.) führt aus, daß die polizeilichen Mißgriffe von der Presse aufgebauscht worden seien, und darum wäre es um so freudiger zu begrüßen gewesen, daß der Minister durch seine authentische Darstellung die Debatte in ruhige Bahnen gelenkt habe. Freudig zu begrüßen ist es auch, daß der Minister Mißgriffen energisch entgegentreten will, anderseits aber auch die Polizeiorgane in Schutz nimmt, so daß diese überzeugt sein können, einen festen Rückhalt an ihrem Vorgesetzten zu haben. Der Redner tritt darauf nochmals den Ausführungen des Abg. Dr. Barth entgegen betreffend dessen Antrag. (Geheime Stimmenabgabe bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und anderweitige Festsetzung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten.) Redner bittet darauf den Minister, dafür zu sorgen, daß die Landräte nicht so häufig ihre Stellen wechseln, sondern mit dem Kreise verwachsen. Erwünscht wäre es, daß der Geschäftskreis der Landräte verringert würde.

Abg. **Faltin** (Zentr.) beschwert sich über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes in Oberschlesien. Den polnischen Vereinen werde verboten, bei den Versammlungen sich der polnischen Sprache zu bedienen. Mehrfache Versammlungen wären deshalb aufgelöst worden. Die H.-K.-T.-Vereine in Oberschlesien denunzierten und hetzten gegen die Polen. Der Minister müsse mit seiner ganzen Autorität dagegen auftreten.

Regierungskommissar Unterstaatssekretär **von Bischoffshausen** entgegnet, daß der Oberpräsident von Schlesien die Verfügung erlassen habe, daß Versammlungen nicht aufgelöst werden dürften wegen Gebrauchs der polnischen Sprache. Als dieses in einem Falle doch geschehen sei, hätte der die Versammlung auflösende Gendarm eine ernste Rüge erhalten. Die übrigen vom Vorredner erwähnten Fälle könne er nicht prüfen, da sie sich nicht in letzter Zeit ereignet hätten und noch nicht zur Kenntnis der Regierung gelangt seien. Jedenfalls wolle er aber betonen, daß die Regierung eine großpolnische Agitation in Schlesien niemals dulden werde.

Abg. Dr. **Mizerski** (Pole) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Ministers betreffend die Polenpolitik der Regierung und bringt mehrere polnische Beschwerden zur Sprache.

Abg. **Lotichius** (nl.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Pasch über die Wahlkreiseinteilungen, besonders in der Rheinprovinz und in Hessen-Nassau.

Abg. Dr. **Barth** (freis. Vgg.) bespricht die Zensurverbote aus jüngster Zeit. Der Zensor brachte stets nur die stoffliche Seite, obwohl es doch die Hauptsache wäre, darauf zu achten, daß der Stoff künstlerisch verarbeitet sei. Wundern müsse man sich, daß dagegen Machwerke schlimmster Sorte, die auch sittlich anstößig seien, unbeanstandet blieben. Besonderes Aufsehen hätte das Verbot von Heyses „Maria von Magdala" und Dreyers „Das Tal des Lebens" erregt. Letzteres Stück wäre, als es in Berlin verboten, sofort in Hamburg von Baron von Berger, dem Freunde des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten, zur Aufführung angenommen worden. Also könne man doch wohl kaum annehmen, daß das Stück unsittlich sei. Bei der gestrigen Aufführung des Stückes vor einer geladenen Gesellschaft, einem durchaus distinguierten Publikum, hätte man auch nicht den Eindruck der Unsittlichkeit erhalten. Es handele sich in dem Stücke um das, was man heute „Ehe-Irrung" nenne. (Heiterkeit.) Man könne es daher nicht verstehen, daß man das Stück verboten. Von einer Frivolität und Gemeinheit könne gar keine Rede sein. Heyses „Maria von Magdala" habe einen hohen sittlichen Wert, und es sei gar nicht zu begreifen, wie man auf den Gedanken hätte kommen können, daß dieses Stück mit dem größten sittlichen Ernst verletzend auf religiös veranlagte Personen wirke. Es komme hinzu, daß dieses Stück von einer Reihe anderer Bühnen aufgeführt worden sei. Als dieses Stück verboten wurde, seien ganze Auflagen des Buches vergriffen gewesen. Das beweise zur Genüge, wie solch ein Zensurverbot wirke. Die ganze Arbeit des Zensors sei und müsse daher stets eine unfruchtbare sein. Er frage daher, welch ein Anlaß da vorhanden sei, die Theaterzensur überhaupt noch beizubehalten. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wäre die Präventivzensur aufgehoben worden und es gehe auch sehr gut ohne sie. Dabei wäre doch der Einfluß, welcher durch die Presse bewirkt werde, ein viel größerer als der durch die Theater verbreitete Einfluß. Außerdem würde durch einen Polizeierlaß von 1898, welcher Kabinettsordres von 1848 und 1837 auffrische, noch eine Extrazensur eingeführt für bestimmte Tage im Jahre. Diese Extrazensur verfahre gegen Theater mit Konsum viel strenger als gegen Theater ohne Konsum. Er ersuche, den Minister zu veranlassen, daß weniger rigoros gegen diese Theater mit Konsum vorgegangen werde. Auch würden von höheren Polizei- und Verwaltungsbeamten Zeitungen, welche ihnen unbequem seien, gewissermaßen zensiert. So hätte unlängst erst ein höherer Polizeibeamter in Magdeburg von einem Gasthausbesitzer verlangt, daß dieser den dort ausliegenden „Vorwärts" entferne, sonst würden er und seine Freunde das Lokal nicht mehr besuchen.

Minister **Freiherr v. Hammerstein** erwidert, daß es doch einem Beamten durchaus freistehen müsse, über ein Blatt zu urteilen, wie er wolle. Ein Recht zu einer Zensur stehe ihm dagegen nicht zu, übe er eine solche aus, so werde er bestraft werden. Was die Extrazensur anbelange, so gebe er zu, daß hier Widersprüche sich fänden, und er könne erklären, daß Verhandlungen schwebten, diese Widersprüche zu beseitigen. Der Zensor wären im letzten Jahre 723 Stücke eingereicht worden, davon seien 630 Stücke angenommen, 51 zurückgezogen und zehn verboten worden, und zwar fünf deutsche und fünf französische. Dreyers „Tal des Lebens" behandele den Fall, welcher sich vor 150 Jahren in einem Nebenzweige unseres landesfürstlichen Königshauses abgespielt habe, wo man versucht haben solle, auf ungesetzliche, unlautere und unsittliche Weise in den Besitz eines Thronerben zu kommen. So etwas dürfe nicht ins Volk dringen. Was das Verbot von Heyses „Maria von Magdala" anlange, so gebe er zu, daß dieses Stück von großer poetischer Schönheit sei und für den gebildeten Leser einen sittlichen Wert habe. Jeder Theaterbesucher sei aber nicht ein gebildeter Mensch. Der Minister geht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190302091-16/fragment/page=0001

sodann auf den Inhalt des Stückes ein und schließt aus demselben, daß ein solches Stück nicht öffentlich aufgeführt werden darf. (Bravo rechts.) Alle solche Fälle zeigten ihm nur, daß eine Präventivzensur durchaus nothwendig sei, und er könne daher der Aufhebung der Theaterzensur nicht das Wort sprechen.

Abg. Dr. Heusolt (frl.): Ich will einer Legendenbildung vorbeugen, die aus den Darlegungen des Abg. Dr. Barth sich ergeben könnten. In Grimmen wurde bei der Reichstagsersatzwahl von 1901 das liberale Blatt ohne Bestellung in den Gasthäusern verbreitet. Es fand in dem betreffenden Lokal eine Sitzung der Mandveranschäumungskommission statt. Der Landrat bemerkte das Blatt auf dem Tische und fragte den Wirt, ob er das Blatt halte. Dadurch wurden andere Herren darauf aufmerksam und einer fragte, was das für ein Blatt wäre. Der Landrat sagte: Das freisinnige! Der Herr sagte darauf: „Das ist mir sehr interessant! Das möchte ich auch lesen!“ (Zuruf des Abg. Gothein: Das ist unwahr!) Die Herren können ebenfoviel Glauben beanspruchen, wie Herr Gothein! (Sehr richtig! rechts.) Es fielen in dem Gespräch dann einige Scherzworte, von denen der Abg. Gothein eins im vorigen Jahre zitierte.

Abg. Haußen (Däne) beschwert sich über die Ausweisung preußischer Staatsbürger aus Schleswig, von denen man, obwohl sie 1866 mitgemacht hätten, behauptete, sie hätten für Dänemark optiert. Das Oberverwaltungsgericht gehe von der Anschauung aus, daß eine Ansiedelung in Dänemark allein nicht genüge, um die Option zu begründen. Das Oberlandesgericht in Kiel sei anderer Ansicht.

Abg. Rosenow (frs. Vp.): Ich möchte die schon einmal gestellte Frage an den Minister richten, wie es mit dem Bestechungsversuche gegen den „Vorwärts“ sich verhält. Wir müssen bedenken, daß auch einmal einer anderen Partei derartiges passieren kann. Was die Zulassung der Frauen zu Versammlungen betrifft, so sollte man konsequent sein und die Frauen nicht nur in einem Segment zulassen, sondern, da sie einmal zugehören, ihnen gestatten, ihre Meinung zu äußern.

Bei den Ausgaben für das statistische Bureau erklärte auf eine Anfrage des Abg. Schmitz-Düsseldorf (Z.) der Minister Frhr. v. Hammerstein, daß Erwägungen über eine neue Statistik der Verschuldung des ländlichen und städtischen Grundbesitzes, an welchem aber vornehmlich das landwirtschaftliche Ressort beteiligt sei, im Gange seien.

Darauf vertagte sich das Haus. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Schluß 3½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

253. Sitzung vom 7. Februar 1903, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Zu Titel I (Gehalt des Staatssekretärs) ist von den Abgg. Freiherrn Heyl zu Herrnsheim (nl.) und Trimborn (Z.) eine Resolution eingebracht worden, den Reichskanzler zur Vorlegung einer Gewerbeordnungsnovelle aufzufordern. Die Hauptbestimmungen des Gesetzes sollten sein: Junge Leute zwischen 14 und 18 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden beschäftigt werden. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über achtzehn Jahren darf die Dauer von zehn Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage die Dauer von neun Stunden nicht überschreiten. Jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen darf Arbeit nach Hause nicht mitgegeben werden.

Die Sozialdemokraten beantragen ferner in einer Resolution die Einsetzung besonderer Betriebsaufsichtsbehörden und Einführung eines allgemeinen Maximalarbeitstages von zehn Stunden, der innerhalb einer gesetzlich zu bestimmenden Frist auf acht Stunden verkürzt werden soll.

Abg. Trimborn (Z.): Im Vordergrunde des Interesses bei diesem umfangreichen Ressort, dem an Ausdehnung vielleicht kein Ministerium in Europa gleichkommt, stehen die sozialpolitischen Fragen. Das Jahr 1902 war, wenn auch die Wirtschaftspolitik uns am meisten beschäftigte, nicht unergiebig. Es gereicht uns zur besonderen Genugtuung, daß es gelungen ist, eine gesicherte Grundlage für die Arbeiter-Waisen- und Witwen-Versicherung herzustellen. (Abg. Singer: War auch danach!) Herr Abg. Singer, wenn Sie wüßten, in welches Licht Sie sich durch diesen Zwischenruf stellen, würden Sie ihn wohl unterlassen haben. (Heiterkeit.) Man hat uns wegen unseres Vorgehens vielfach angegriffen. Für die Geschmacklosigkeiten und widerwärtigen Unterbrechungen des Abg. Brömel habe ich nur ein Achselzucken, aber auf die immerhin ernsthafteren Einwendungen des Abg. Bebel möchte ich etwas eingehen. Er hat uns vorgeworfen, wir hätten die Witwen- und Waisenversicherung nur benutzt, um die höheren Agrarzölle dem Volke schmackhaft zu machen. Nein, unser Vorgehen entsprach einem alten Wunsche der Partei; der Zolltarif war für uns die Gelegenheit, den Wunsch der Erfüllung näher zu bringen. Die Erhöhung der Agrarzölle brauchen wir dadurch nicht schmackhaft zu machen, sie war eine Notwendigkeit im Interesse der Landwirtschaft und auch der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft. Es ist ferner gesagt worden, den Arbeitern würden Tausende genommen, um ihren Hinterbliebenen nur Hunderte in Aussicht zu stellen. Nun, meine Herren, ich hoffe, die Wählerschaft wird wissen, was sie davon zu halten hat, und wird erkennen, wie großer Nutzen durch die Reichsversicherung geschaffen der Allen in allem ist auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes ein erfreulicher Fortschritt zu konstatieren, nicht aber mit bezug auf die rechtliche Stellung der Arbeiter. Hier muß noch viel geschehen. In erster Reihe ist die Errichtung von Arbeiterkammern notwendig. Außerdem wünschen wir ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, ohne das die Koalitionsfreiheit nicht ihre volle Wirksamkeit äußern kann, und wir halten für notwendig eine Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die wir in einer besonderen Resolution verlangen. Ohne Bewilligung dieser Forderungen wird die Regierung nicht das volle Vertrauen der Arbeiterschaft gewinnen. Der Staatssekretär Graf Posadowsky hat neulich gesagt, die sozialpolitische Gesetzgebung dürfe nicht zum Stillstand kommen. Davon nehmen wir Akt. Aber zum Heile des Vaterlandes möchten wir wünschen, daß sie wieder getragen würde von dem großen Zuge und dem élan zu Anfang der 80er Jahre. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Albicke-Dessau gibt seiner Genugtuung Ausdruck über das Wort des Kaisers, daß der Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung die Aufgabe des 20. Jahrhunderts sei. Es solle demnach jetzt die Emanzipation des vierten Standes durchgeführt werden, nachdem die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Emanzipation des dritten Standes gebracht habe. Eine gesetzliche Betätigung jenes Gedankens sei aber leider noch immer nicht in ausreichendem Maße erfolgt. Es bedürfe vor allem für die Arbeiter eines gesicherten Koalitionsrechtes, und dieses herbeizuführen, bezwecke seine Resolution. (Diese betrifft Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wonach den Vereinigungen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen (§ 152 G.-O.) auch gestattet sein soll, ihre Bestrebungen zum Zwecke der Besserung der Lage der Arbeiter auch auf Umänderungen der Gesetzgebung zu richten.) Redner äußert seine Zustimmung zu der Resolution Heyl mit Ausnahme des ersten Punktes derselben, denn eine Heraufsetzung des Schutzalters auf 18 Jahre erscheine nicht erforderlich. Was den Albrecht'schen Antrag anlange, so sei er mit Errichtung einer Reichs-Aufsichts-Zentralbehörde einverstanden, aber die Ausführung der Aufsicht könne den Einzelstaaten nicht abgenommen werden. Gegen den in demselben Antrage geforderten allgemeinen zehnstündigen Maximalarbeitstag müsse eingewendet werden, daß dadurch Verhältnisse geschaffen würden, die einstweilen noch zu wenig übersehbar seien. Seine Freunde würden daher gegen dieses Verlangen stimmen.

Abg. Wurm (Soz.) widerspricht dem Vorredner darin, daß ein allgemeiner zehnstündiger Arbeitstag jetzt noch nicht durchführbar sei und übt Kritik an den von Trimborn herausgestrichenen sozialpolitischen Bestrebungen des Zentrums. Die Grundlage aller Sozialreform sei die Herabsetzung der Arbeitszeit auch für die erwachsenen männlichen Arbeiter. Die Arbeit verheiratener Frauen in der Fabrik sei überhaupt ein Nonsens. Redner bemängelt dann die Berichte der Gewerbeinspektoren, ferner die noch immer ungenügende Zahl dieser Aufsichtsbeamten. Es sei unbedingt nötig, daß die Gewerbeaufsicht Reichssache sei, von Reichsbeamten ausgeübt werde, und zwar unter Mitwirkung von Aufsichtsbeamten aus dem Arbeiterstande. In den Einzelstaaten herrsche hinsichtlich der Gewerbeaufsicht der reine Zickzackkurs. In Baden sei Wörishofer, der seine Pflicht getan habe und dem die Arbeiter dankbar waren, kalt gewesen, da sagte die dortige Regierung: wir wollen keinen zweiten Wörishofer mehr! Bedauerlich sei, daß auch die Gerichte keine sozialpolitische Einsicht hätten und über Unternehmer, die der Gewerbeordnung zuwider handelten, lächerlich geringfügige Strafen verhängten. Redner kritisiert weiter abfällig die Wohlfahrts-Einrichtungen der Unternehmer, wobei er namentlich auch auf die Wohnungs- und Pensions-Einrichtungen bei den Kruppschen Werken eingeht, sowie auf die Zustände auf den Werften des Lloyd in Vegesack. Dort würde von der Direktion des Bremer Vulkan sogar mit zeitweiligen Entlassungen vorgegangen gegen Arbeiter, welche während der Arbeitsstunden einem gestorbenen Kollegen die letzte Ehre antun wollen. Da behörte es voller Organisationsfreiheit der Arbeiter, vollen Koalitionsrechts.

Badischer Bundesbevollmächtigter v. Jagemann: Der Abgeordnete Wurm hat Angriffe gegen die badische Regierung gerichtet, sie habe am Stelle des arbeiterfreundlichen Wörishofer eine Persönlichkeit mit rückläufiger Tendenz zum Leiter der badischen Fabrikinspektion gemacht usw., wie der Minister ausdrücklich gesagt haben soll mit den Worten, man brauche keine Wörishofer. Auf die genannten Angriffe gegen die badische Regierung bezüglich der Neubesetzung der Leitung der Fabrikinspektion sind s. Zt. sofort Berichtigungen in den Zeitungen erfolgt, sofort, als in den sozialdemokratischen Zeitungen jene Behauptungen laut wurden, und ich wundere mich, daß der Abg. Wurm davon nichts erfahren hat. Der Minister hat jene Aeußerungen niemals nach dem Wortlaut, nach nach dem Inhalt getan; er wünscht im Gegenteil, daß die Fabrikinspektion in der alten Weise fortgeführt werde. Es steht auch mit den Tatsachen in Widerspruch, wenn man von der Einführung eines neuen Systems spricht. Es ist das eine verleumderische, tendenziöse Erfindung, und ich kann nur bedauern, daß der Abg. Wurm sich hier zu ihrem Sprachrohr gemacht hat. Der neue Leiter hat allerdings eine Anordnung getroffen, daß sich alle Arbeiter an den Vorsteher der Behörde wenden sollen. Das ist doch eine durchaus berechtigte Weisung. Was die Person des neuen Leiters betrifft, so ist von ihm anerkannt, daß er human gesinnt und sachverständig ist. Ich wünsche wie Wörishofer, daß die badischen Arbeiter ihre Angelegenheiten mit den Arbeitgebern allein ordnen. Der wüste Radikalismus der Agitatoren schadet den berechtigten Interessen der Arbeiter am meisten. Die Agitatoren sind es auch gewesen, welche dem neuen Herrn den Reisepaß geben wollten. Wer, wie die sozialdemokratischen Abgeordneten, nur den Kampf predigt, der muß allerdings jede Verbohnung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu verhindern suchen.

Das Haus vertagt sich hierauf. — Montag 1 Uhr: Rechnungssachen, Etat. Schluß 5¾ Uhr.

Venezuela.

Zum zweiten male ist jetzt Präsident Roosevelt darum angegangen worden, die Schiedsrichterrolle in dem Konflikte mit Venezuela zu übernehmen, und zum zweiten male hat er abgelehnt. Die Vorschläge, dann den König von Spanien oder den König von Belgien zum Schiedsrichter zu ernennen, zeigen, daß in Washington eine völlige Deroute herrscht. Immerhin ist es mit Genugtuung zu begrüßen, daß die Blockademächte nach wie vor fest zusammenhalten. Und wenn keine anderen Gründe hierfür vorlägen, so trägt vor allem Herr Bowen selber die Schuld. Durch seine maßlosen Forderungen, durch sein hemdärmeliges Benehmen, besonders aber durch seine Taktlosigkeiten und Indiskretionen hat er gerade das Gegenteil von dem erreicht, was er wollte, er hat nämlich die Vertreter der Blockademächte stets an ihre gemeinsamen Interessen erinnert und sie immer fester zusammengeschweißt. Mit dem Vertreter Englands ist Herr Bowen sogar sehr scharf aneinandergeraten. Wir haben darüber schon berichtet.

Sehr energisch gehen auch die „Times“ mit Herrn Bowen ins Gericht, indem sie schreiben:

„Unser New-Yorker Korrespondent bemerkte, daß Bowen nicht nur die Vertreter der Zeitungen mit jedem diplomatischen Schritt vertraut gemacht zu haben scheine, sondern daß er ihnen nebenbei auch noch seine Ansicht über jede einzelne Maßnahme und deren Zweck mitteilte. Soweit man die amerikanischen Reporter kennt, werden diese das Rahmenwerk höchst wahrscheinlich dann ausgestillt haben. Das war aber eine Gefahr, die Bowen als Amerikaner voraussehen mußte, und die Tatsache, daß er sich trotzdem dieser Gefahr aussetzte, macht seine Indiskretion nur noch schlimmer. Man versichert sogar, daß er es so eilig hatte, die Antwort der Verbündeten am Dienstag zur Presse zu geben, daß der englische Botschafter das Dokument in den Zeitungen sah, ehe er noch das Manuskript gelesen hatte. Wenn wir uns auch bewußt sind, daß wir Bowen für seine Bemühungen, einen Ausgleich zu Stande zu bringen, zu Dank verpflichtet sind, so müssen wir denn doch sagen, daß unter den herrschenden Verhältnissen die Diplomatie ihre großen Schwierigkeiten hat.“

Ueber den Fortgang der Verhandlungen wird aus Washington telegraphisch berichtet: Staatssekretär Hay empfing am 6. Februar früh vom englischen Botschafter Herbert eine Mitteilung, die vorschlägt, angesichts der Tatsache, daß es Herbert unmöglich fand, Bowen von der Begründetheit seines Standpunktes zu überzeugen, solle Präsident Roosevelt es übernehmen, über die Forderung der verbündeten Mächte betreffend die Vorzugsbehandlung eine Entscheidung zu fällen. Staatssekretär Hay begab sich sofort nach dem Weißen Hause, um seinen Vorschlag dem Präsidenten zu unterbreiten. Nach einer Besprechung mit dem Staatssekretär Hay und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts beschloß der Präsident, den Vorschlag Herberts in allen Einzelheiten zu prüfen. Es verlautet, Herbert habe als Vertreter der verbündeten Mächte gehandelt. Im weiteren Verlaufe des Tages fand eine Beratung des Kabinetts über die neueste Phase der venezolanischen Angelegenheit statt.

Freitag nachmittag gelangte Präsident Roosevelt zu einer Entscheidung über die Einladung der verbündeten Mächte, er möge in der Frage der Vorzugsbehandlung einen Schiedsspruch fällen. Roosevelt wird durch das Staatsdepartement dem Botschafter Herbert eine Ablehnung des Ersuchens zugehen lassen. Dies wird zur Folge haben, daß die Frage dem Haager Schiedsgericht unterbreitet wird. Sobald das bezügliche Protokoll unterzeichnet ist, soll die Blockade aufgehoben werden.

Washington, 7. Febr. Sofort nach Eingang der Nachricht, in der Präsident Roosevelt es ablehnt, den Schiedsspruch zu übernehmen, besuchte Bowen die britische Botschaft auf Ansuchen Herberts, der an Influenza erkrankt ist. Herbert teilte ihm mit, daß ein Protokoll angekommen sei, das er für die Unterschrift Bowens vorbereite. Der deutsche Geschäftsträger Frhr. Speck von Sternburg besuchte später Bowen und teilte ihm mit, daß er das deutsche Protokoll erhalten habe. In englischen Kreisen verlautet, daß die amerikanische Regierung Bowen nicht von den Verhandlungen ausschließen wolle. Zudem hätte Präsident Roosevelt die Einladung zur Abgabe eines Schiedsspruches garnicht annehmen können, selbst wenn er gewollt hätte, ohne die Zustimmung Bowens. Diese hätten aber die Vertreter der verbündeten Regierungen weder erlangt, noch verlangt. Das Programm des heutigen Tages wird die vorläufigen Vorbereitungen zur Unterzeichnung der Protokolle enthalten. Gestern abend wurde versichert, daß jeder der Verbündeten zwei Protokolle zur Unterzeichnung durch Bowen vorbereitet habe. Das erste Protokoll nehme in jedem Falle Bezug auf die Frage der Sonderbehandlung vor dem Haager Schiedsgericht und die gleichzeitig mit der Unterzeichnung erfolgende Aufhebung der Blockade; das zweite besage sich mit der Art und Weise der Abfindung der Ansprüche der verschiedenen Gläubiger an die Bolivenwaltung. Die Protokolle stellen fest, daß zunächst jedem Verbündeten 5500 Pfund Sterling zu zahlen sind. Es verlautet, daß die Protokolle in gewissen Einzelheiten voneinander abweichen.

Die „Post“ schreibt: Der Entscheidung des Präsidenten Roosevelt ist nur ein einziger Punkt anheim gestellt worden, weil darüber Bowen und der Vertreter der großbritannischen Regierung zu einer Einigung nicht gelangen konnten. Nachdem Roosevelt es abgelehnt hat, darüber zu entscheiden, wird das Haager Schiedsgericht in Frage kommen, sofern nicht Bowen neuerdings mit anderen Vorschlägen hervortritt, die zu einer Verständigung führen könnten. — In die Reihe der vielen erfundenen Meldungen gehört übrigens auch die Nachricht, daß die ganze venezolanische Frage dem Schiedsspruch des Königs von Spanien überantwortet werden solle.

Die „Köln. Ztg.“ meldet zum Vorgehen gegen Venezuela: Die Verhandlungen in Washington nehmen augenscheinlich einen wenig erfreulichen Verlauf und geben der ausländischen Presse wiederholt Gelegenheit, die Frage zu erörtern, wen denn eigentlich die Schuld an der unliebsamen Verzögerung trifft. Während man in Amerika und in französischen Blättern zuweilen England dafür verantwortlich macht, ist man neuerdings wieder dazu übergegangen, Deutschland die Schuld aufzubürden. Durch solche Preßtreibereien wird man indeß die einsichtigen Kreise in Deutschland und auch in den anderen beteiligten Ländern nicht täuschen. Der wahre Grund der Verlängerung der Verhandlungen liegt einzig und allein in dem Betreben Castros und seines Vertreters Bowen, den berechtigten Forderungen der Mächte Anerkennung und Befriedigung zu verschaffen, resp. nicht genügend Bürgschaft für deren Erfüllung zu leisten.

London, 7. Februar. In Amerika nimmt man allgemein an, daß die schroffe Manier des englischen Botschafters, dem die amerikanisch freie und ungezwungene Art Bowens nicht paßte, an dem Mißlingen der Washingtoner Verhandlungen schuld sei. Das Staatsdepartement ist durch das Scheitern der Verhandlungen sehr unangenehm berührt. Es erhielt eine Information, daß in Caracas große Not infolge Nahrungsmangels herrsche. Auch die Kohlen für Gas und elektrische Werke sollen nur noch bis Dienstag reichen. Die Unionregierung sei daher von der venezolanischen Regierung ersucht worden, von den Verbündeten die Erlaubnis zur Landung von Kohlenladungen einzuholen.

Nach den nunmehr auch an amtlicher Stelle in London eingegangenen Nachrichten hatten die Verhandlungen in Washington folgenden Verlauf: Der deutsche Vertreter hatte den Vorschlag gemacht, den Blockademächten drei Monate lang Vorzugsbedingungen bei der Gesamtschuldendeckung Venezuelas zu gewähren. Der Vorschlag hatte einige Aussicht auf Annahme. Nunmehr trat aber der englische Botschafter Herbert auf und forderte weitergehende Konzessionen an die Blockademächte. Bowen hat sich mit Herbert nicht einigen können. Deutschland und Italien haben sich dem Vorschlage ihres Verbündeten — Englands — angeschlossen. Da jedoch eine Einigung auch jetzt nicht erzielt werden konnte, wollte man dem Präsidenten Roosevelt zum Schiedsrichter über diese Angelegenheit — Vorzugsbehandlung der Blockademächte — anrufen. Roosevelt lehnte dies aber ab, sodaß nunmehr damit zu rechnen ist, daß diese Vorzugsangelegenheit, in der die verbündeten Mächte vollkommen einig sind, dem Haager Schiedsgericht unterbreitet wird. Ein anderer Ausweg wäre nur möglich, wenn Bowen, dem die so geschaffene Situation keineswegs angenehm sein kann, in letzter Stunde einen entgegenkommenden Vorschlag machte.

Washington, 7. Febr. Der hier vorwaltende Eindruck ist der, daß die Frage bezüglich der getrennten Behandlung der Forderungen an Venezuela bald als abgetan betrachtet werden kann. Im Interesse einer raschen Entscheidung wird angenommen, daß alle Parteien sich über eine Person als Schiedsrichter einigen werden, und daß hierfür der niederländische Minister des Auswärtigen gewählt werde.

Marokko.

Ueber den jüngsten Sieg des Sultans treffen seltsame Einzelheiten ein. Die Bedeutung des Sieges soll stark übertrieben und die Verluste des Sultans größer sein, als anfangs angegeben. Der Kriegsminister zog gegen Tazza, um den Ort zu belagern und zu zerstören.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Besuch des Königs von Serbien.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus erklärte, wie aus Budapest telegraphisch gemeldet wird, der Ministerpräsident von Szell, daß der Besuch des Königs von Serbien politischer Beziehungen und Motive entbehre und keinerlei politischen Hintergrund besitze; es handle sich nur um ein mehrstündiges Verweilen anläßlich eines individuellen Pietätaktes.

Frankreich.

Zur Dreyfus-Affäre.

Wie mitgeteilt wird, wird Jaurès bei Besprechung der Dreyfus-Affäre in der Kammer den Beweis erbringen, daß der Serbe Czernuschi, welcher im Renner Prozeß als Belastungszeuge auftrat, für seine Aussage bezahlt worden ist, ferner, daß Dreyfus in Rennes und Paris infolge Zustellung eines gefälschten Schriftstückes während seiner Abwesenheit verurteilt und daß dieses Schriftstück den Mitgliedern des Kriegsgerichts durch die Gattin des Generals St. Germain übermittelt worden ist. Weiter soll erwiesen werden, daß ein früherer Mitarbeiter des Obersten Henry, welcher Kenntnis von den Fälschungen hatte, ermordet worden ist.

Großbritannien.

Dewets Absage an Chamberlain.

Die Unterredung, welche Chamberlain am Freitag mit den Buren hatte, hat den Zwiespalt, der in ihren Reihen besteht, noch erweitert. Es wurde Chamberlain eine Petition überreicht, in der nach Aufzählung einer Reihe von Beschwerden die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß die Verwaltung der Orange-Kolonie beabsichtige, den Bewohnern derselben eine sie ruinierende finanzielle Last aufzuerlegen, die doch so schon das Bewußtsein hätten von einem Mangel an Wohlwollen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190302091-16/fragment/page=0002

für sie bei der gegenwärtigen Regierung. Chamberlain erwiderte darauf, die Adresse erwähne eine Anzahl von eingebildeten Mißständen und unbegründeten Beschwerden. In der Behandlung der Rebellen liege nichts, was eine Verletzung der Friedensbedingungen sei. Wie könnten die Buren davon sprechen, daß die Regierung ihnen keine Sympathie entgegenbringe, wenn die Regierung Tag und Nacht daran arbeite und Millionen darauf verwende, im Lande Reformen durchzuführen? Chamberlain bestritt entschieden die Behauptung, daß den Buren eine sie ruinierende Last aufgebürdet werde. Wenn sie beharrten auf ihrer Politik des Murrens, wäre es zwecklos, dem Volke, das bereits so erhebliche Geschenke ohne ein Wort des Dankes genommen habe, noch weitere Zugeständnisse zu machen. Darauf nahm Christian Dewet das Wort und erklärte, daß kein Zusammenwirken möglich sei, solange Piet Dewet und Christian Botha das Burenvolk vertreten. Er würde nicht rasten, bis er eine Rebellion hervorgerufen habe, nicht eine bewaffnete, sondern eine der Agitation und der Unzufriedenheit gegen die Regierung.

Aus Bloemfontein wird unterm 7. Febr. gemeldet: Chamberlain hielt heute abend bei einem Bankett eine Rede, in welcher er auf das Vorkommnis mit Dewet von gestern zurückkam und führte aus, er habe sich über die Deputation, die zu ihm am Freitag gekommen sei, nicht zu beklagen, deren Ansichten kennen zu lernen er sich glücklich schätze, aber er bedauge sich über das im letzten Augenblicke übereichte Schriftstück, welches mehrere Mitglieder der Deputation niemals gesehen und andere zurückgewiesen haben. Er glaube es für seine Pflicht zu halten, gegen die ungerechten und unrichtigen Ausdrücke des Schriftstückes zu protestieren. Das Schriftstück enthalte kein Wort der Würdigung der Wohltaten, welche die Regierung den neuen Kolonien zukommen zu lassen sich bemühe, bringe aber gegen die englische Regierung und gegen diejenige des Cap unbegründete Beschuldigungen vor. Das Land bedürfe der politischen Ruhe; er hoffe, daß die Uneinigkeiten unter den Buren bald aufhören werden. Die englische Regierung werde ihre Freunde nicht im Stich lassen. Die Ansprüche für die Verluste im Kriege würden von einer neu eingesetzten Kommission gehört werden; ein neues Uebereinkommen werde in diesem Monat in Kraft treten. Zum Schluß forderte der Redner die Buren auf, in herzlichen Beziehungen zu den Engländern zu leben und versprach ihnen, daß ihre Gesetze, ihre Religion und Gewohnheiten geachtet werden würden.

Belgien.

Landkonzession in China.

Das Blatt „Métropole" meldet, Belgien habe eine Landkonzession im Norden von Tientsin am rechten Ufer des Peiho erhalten. Die deutsche Eisenbahn in Schantung durchquere diese Konzession. Belgien habe das den Deutschen für den Bau einer Eisenbahn erforderliche Gebiet als Entgelt für die ihm gewährte Unterstützung abgetreten. Die Trockenlegung der Sümpfe habe begonnen und es sei ein Plan zur Anlegung von Straßen durch die Konzession in der Ausarbeitung begriffen.

Einer Mitteilung des „Soir" zufolge wird in der Kammer demnächst ein Gesetzentwurf eingebracht werden, der bestimmt ist, die Verhältnisse der belgischen Konzession bei Tientsin mit Rücksicht auf das Völkerrecht und auf die chinesischen Gesetze zu regeln.

Rußland.

Angebliche Mobilmachung.

Der Moskauer Korrespondent des „Morning Leader" erfährt, daß die Militärbehörden in Kiew und Odessa angewiesen seien, gewisse Truppenteile zu mobilisieren und in Marschbereitschaft zu halten.

Es wird sich wohl wieder um eine Schwindelnachricht handeln.

Fürst Nikolaus von Mingrelien,

russischer Generalmajor a. D., ist, wie man aus Petersburg meldet, an Herzlähmung gestorben. Der Fürst war bekanntlich seinerzeit als Kandidat für den bulgarischen Thron vielfach genannt worden. Er war vermählt mit der Komtesse Adlerberg, doch lebten die Gatten in den letzten Jahren getrennt. Der Ehe sind ein Sohn und eine Tochter entsprossen; letztere ist mit dem Fürsten Obolenski verheiratet. Der Verstorbene, dem uralten Geschlecht der Dadian entstammend, war noch selbst souveräner Herrscher über Mingrelien, entsagte aber 1866 zu gunsten Rußlands. Er hat ein Alter von nur 56 Jahren erreicht.

Zum sächsischen Hofdrama.

Jäh und überraschend ist die neueste Wendung in dem höchst abstoßenden Liebesverhältnisse erfolgt, das zu der unerhörtesten Skandalgeschichte führte, die je an einem Königshofe sich ereignet hat. Zweifellos hat die ernste Erkrankung ihres Sohnes in Dresden die letzten Reste gesunden und natürlichen Empfindens im Herzen der ehemaligen sächsischen Kronprinzessin so stark konzentriert, daß das Gefühl kräftig genug wurde, um sie das Entwürdigende ihrer gegenwärtigen Lage klar erkennen zu lassen. Schon das demonstrative Verhalten des Publikums in Mentone, das im Spielsaale wie auf der Straße aus seinen Gefühlen gegenüber der ehr- und pflichtvergessenen Gattin und Mutter kein Hehl machte, mag sie belehrt haben, daß es ein Irrtum war, wenn sie meinte, es koste nichts als einen energischen Entschluß für sie, um in die Reihen des einfachen Bürgertums einzutreten. Mit dem Verluste von Titeln und Würden konnte sie nur in die Reihe der Deklassierten, nicht aber in die Kreise des ehrenhaften Bürgertumes treten. Die Art, wie ihr das auch die einfachsten Bürgerkreise zu verstehen gaben, wird sie belehrt haben, in welchem Irrtume sie sich befand. Ob vielleicht auch materielle Gesichtspunkte mit von Einfluß gewesen sind, den Augenblick des schrecklichen Erwachens aus dem verhängnisvollen Wahne vorzubereiten, entzieht sich vorläufig der Kenntnis. Jedenfalls hat die Nachricht von der Erkrankung ihres zweiten Sohnes den Sieg der natürlichen Empfindungen über das von verschrobenen Vorstellungen irregeleitete Gemüt der ehemaligen Kronprinzessin vollendet. Die unglückliche Verirrte wird allmählich eingesehen haben, daß Sitte und Gesetz in der Welt doch immer noch unantastbar hoch stehen, und daß wir von dem sozialdemokratischen Ideale der freien Liebe Gott sei dank noch himmelweit entfernt sind. Sie wird sich auch überzeugen und teilweise schon überzeugt haben, wie wahr das Dichterwort ist: „Der Wahn ist kurz, die Reu ist lang."

Giron, der sich zu seiner Familie nach Brüssel zurückbegeben hat, wird wohl seinen Hauslehrerberuf wieder aufnehmen, falls sich ihm überhaupt noch Häuser öffnen und falls nicht die Trennungsgeschichte überhaupt nur auf Zeit zu Täuschungszwecken inszeniert ist. Wie dem auch sei, in jedem Falle wird die leichtsinnig ihr Familienglück und ihre höchste Ehre und Würde einem Abenteurer zu Liebe opfernde Frau am härtesten an den Folgen dieser Pein zu tragen haben.

*

Wie in Wiener wohlinformierten Kreisen bestätigt wird, hat nicht Giron, sondern die Kronprinzessin endgültig alle Beziehungen zu Giron abgebrochen. Man werde nunmehr die Verhältnisse der Kronprinzessin in einer ihren Wünschen entsprechenden Weise ordnen und ihr einen bestimmten Wohnort in Oesterreich anweisen.

Die Rechtsanwälte Lachenal und Dr. Zehme sandten wie schon kurz gemeldet, von Genf aus an Justizrat Körner in Dresden folgendes Telegramm:

Prinzessin Louise, welche ihre Beziehungen zu Giron aufgegeben hat, hegt den dringenden Wunsch, ihren erkrankten Sohn Prinz Christian zu sehen. In ihrem Auftrage ersuchen wir Sie, Se. Königlichen Hoheit dem Kronprinzen die erforderliche Bitte vorzulegen, daß die Mutter auf einige Stunden an das Krankenlager des Kindes treten dürfe. Prinzessin Louise wird nach dem Besuche Dresden wieder verlassen. Wir erbitten telegraphische Antwort. gez. Lachenal, Zehme.

Dieses Gesuch der Prinzessin Louise wurde am Sonnabend Mittag in einem vom König Georg berufenen Ministerrate abgelehnt. Hierzu wird noch telegraphisch gemeldet:

Wien, 7. Februar. Dem „Wiener Fremdenblatt" werden aus Dresden von zuständiger Seite folgende Gründe für die Ablehnung des Ansuchens der Kronprinzessin mitgeteilt: Justizrat Körner legte Vormittags dem Kronprinzen die Depesche von Lachenal und Dr. Zehme vor. Nach kurzer Konferenz mit Justizrat Körner begab sich der Kronprinz zum König. Dieser beschied den Minister des Aeußeren von Metzsch und den Minister des Königlichen Hauses von Seydewitz zu sich, mit denen er eine Stunde über den von der Kronprinzessin geäußerten Wunsch konferierte. Die Konferenz war sich von Anfang an darüber klar, daß der Bitte der Kronprinzessin unter keinen Umständen gewillfahrt werden könne. Die Rücksicht auf die Autorität des Königlichen Hauses gebiete in erster Linie ein solches ablehnendes Verhalten. Ueberdies dürfe man aber auch einer augenblicklichen, durch die ein getretenen Verhältnisse herbeigeführten Gefühlsaufwallung zur Kosten der höheren Gesichtspunkte nicht nachgeben. Schließlich war bei der ablehnenden Haltung auch die Erwägung maßgebend, daß man bei Hofe Szenen vermeiden wollte, die sich zweifellos bei Erscheinen der Kronprinzessin in Dresden ereignet hätten und nicht zu vermeiden gewesen wären. Auch sei für das Versprechen der Kronprinzessin, Dresden sofort wieder zu verlassen, keine Garantie gegeben, da sie ja durch das Gesetz nicht zum Verlassen des Landes veranlaßt werden könnte. Dazu sei der Zustand des erkrankten Prinzen so bedenklich, daß jede Aufregung von ihm abzuwenden Pflicht sei. Aus allen diesen Gründen wurde nach einstündiger Beratung auf Ablehnung des Ansuchens erkannt.

Die Anwälte der Prinzessin erhielten von dem Vertreter des Kronprinzen, Justizrat Körner, auf ihr Telegramm von heute früh folgende Antwortdepesche: „Seine Königliche Hoheit lehnt die Erfüllung der gestellten Bitte definitiv und unter allen Umständen ab. Körner."

Trotz dieser bestimmten und deutlichen Absage will die Prinzessin nochmals Anstrengungen machen, um eine Erfüllung ihres Wunsches herbeizuführen. Wir erhalten folgendes Telegramm:

Genf, 8. Februar. Prinzessin Louise war sehr niedergeschlagen, als sie aus Dresden die Nachricht erhielt, daß ihre Bitte nicht erhört worden sei. Sie betraute ihre Anwälte damit, neue Schritte zu unternehmen, um eine Reise zu ihrem Sohn doch noch zu ermöglichen.

Die letzten Nachrichten über das Befinden des Prinzen Friedrich Christian lassen die Hoffnung auf seine Wiederherstellung zu. Der kleine Patient hat am 31. Dezember v. Jahres sein neuntes Lebensjahr vollendet.

Wie von maßgebender Stelle in Dresden betont wird, ändert die Trennung Girons von der Prinzessin in der Rechtslage nichts und übt auf den Prozeß am 11. d. M. keinerlei Einfluß aus. An eine Rückkehr der Prinzessin an den sächsischen Hof ist ja unter keinen Umständen zu denken, wahrscheinlich ist jedoch die Aussöhnung mit ihrer eigenen Familie. Die Prinzessin dürfte in Oesterreich dauernden Aufenthalt nehmen. Ob ein Wiedersehen mit den Kindern der kronprinzlichen Familie später einmal herbeigeführt wird, hängt von der Entschließung des Königs nach dem erfolgten Urteilsspruch ab.

Im Gegensatz zu diesen Dresdener Meldungen, die von einer möglichen Aussöhnung der Prinzessin mit dem Hause Toskana sprechen, stehen aus Oesterreich anlangende Mitteilungen. Wir erhalten folgendes Telegramm:

Wien, 7. Februar. Das „Fremdenblatt" meldet aus Salzburg: Von einer Herkunft der Prinzessin Louise ist hier nichts bekannt. Ein friedlicher Verkehr zwischen ihr und dem toskanischen Hofe besteht nicht und besteht auch jetzt nicht. Die Großherzogin von Toskana hat zwar dreimal während der Krankheit des Prinzen Friedrich Christian an den Vertreter der Prinzessin Louise, Lachenal, über dessen Befinden Nachrichten gelangen lassen. An informiertester Stelle hält man es vollkommen für ausgeschlossen, daß die Prinzessin jemals wieder nach Salzburg kommen könne, doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß sie eine Zusammenkunft mit ihrer Mutter an einem Grenzorte nachsuchen werde. Die Trennung Girons von der Prinzessin wird hier als zu spät erfolgt bezeichnet. Wäre Giron vor dem 28. Januar, also vor der Verhandlung in Dresden, abgereist, so hätte sich noch ein Arrangement treffen lassen, das der Prinzessin ermöglichte, ihre Kinder wiederzusehen. Von einer Abfindungszahlung an die Prinzessin war gleichfalls nicht die Rede; sie hat vom toskanischen Hofe nichts mehr zu fordern und der Großherzog ist nicht geneigt, ihr irgendwelche Unterstützung zu gewähren. Die Nachricht des „Rheinischen Courier", daß zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem Großherzog von Toskana Differenzen bestehen, wird als vollständig aus der Luft gegriffen erklärt.

Der toskanische Hof hegt, wie man im Anschluß an das obige Telegramm meldet, erhebliche Zweifel an der Ehrlichkeit der Trennung der Prinzessin Luise von Giron. Man vermutet ein geschicktes Manöver, da bisher weder der Dresdener noch der Salzburger Hof davon offiziell verständigt worden sei. Giron selbst gibt, wie aus dem folgenden Telegramm hervorgeht, zu, daß die Trennung keine endgiltige sei:

Brüssel, 7. Febr. Giron ist heute via Paris hier eingetroffen. Er machte seinen intimen Freunden die Mitteilung, daß die Trennung von der Prinzessin nur eine augenblickliche sei, hervorgegangen aus seinem Wunsche, die Prinzessin aus ihrer zweifelhaften Lage so schnell wie möglich befreit zu sehen. Was die Prinzessin für die Zukunft beschließe, stehe ihr allein anheim, er werde sich ihren Wünschen willenlos unterordnen. Giron beteuert, daß der Kronprinz bereits die Scheidung beantragt habe, daß die Prinzessin niemals ihrem Vater den bewußten Brief geschrieben habe und daß die Großherzogin in vielsagender Weise einfach Bulletins über die Krankheit des Kindes täglich an die Tochter schickte, ohne Bemerkungen daran zu knüpfen. Schließlich sei es auch unwahr, daß die Prinzessin Anfälle von Ohnmacht gehabt habe. Die Prinzessin sei eine Natur, welche keinerlei Schwäche anwandle.

Hoffentlich erweisen sich diese Meldungen des unglaubwürdigen Menschen als falsch.

Wien, 7. Febr. Das „Fremdenblatt" veröffentlicht eine Unterredung seines Spezialkorrespondenten in Dresden mit dem sächsischen Minister des königl. Hauses v. Seydewitz. Der Minister erklärte, der Hof und das Ministerium seien von der Nachricht der Trennung der Prinzessin von Giron ebenso überrascht wie das Publikum. Der Minister bezeichnet die Behauptung, der sächsische Hof habe Giron durch eine namhafte Summe zum Abbruch der Beziehungen zur Prinzessin bewogen, als vollständig unrichtig. Der sächsische Hof habe niemals mit Giron verhandelt, sondern stets nur mit der Prinzessin, und von ihr den Abbruch der Beziehungen verlangt, niemals von Giron. Am allerwenigsten sei es dem sächsischen Hofe eingefallen, Giron selbst zu bitten. Daraus ergebe sich auch die Antwort auf die Frage, ob die erste Ehetrennungs-Verhandlung aus dem Grunde vertagt wurde, um die Höhe der finanziellen Entschädigung Girons festzustellen. „Meine subjektive Auffassung, sagte der Minister, geht dahin, die Kronprinzessin beginnt tiefe Reue zu fühlen; sie erkennt allmählich die wahre Natur Girons und will ihn los sein." Auf die Bemerkung, daß es zur Trennung von Giron nicht des Anwalts bedurft hätte, erwiderte der Minister, sie fürchtete vielleicht den Einfluß Girons und wählte die Anwesenheit des Anwalts zur entscheidenden Aussprache mit Giron, um nicht ohne männlichen Schutz zu sein; für den Hof und für die Bewerteilung des Geschehenen sei die neueste Wendung vollkommen belanglos, denn der Hof stehe nicht auf dem Standpunkt, es sei jetzt alles gut, nachdem die Prinzessin mit Giron gebrochen habe; das Gerichtsverfahren werde seinen ordnungsmäßigen Weg nehmen. Der letzte Termin findet unwiderruflich am 11. Februar statt. Das Gericht wird sich jedoch nur mit der Frage beschäftigen, ob das vorliegende Beweismaterial genügt, um auf Trennung der Ehe zu erkennen, keinesfalls aber, wie behauptet, mit der Festsetzung der Höhe der jährlichen Apanage der Prinzessin. Hierüber entscheiden allein die Höfe in Dresden und Salzburg.

Genf, 8. Febr. (Meldung der schweizerischen Depeschen-Agentur.) Von den Vertretern der Prinzessin Louise wurde folgende Mitteilung gemacht: Nach den Ereignissen der letzten Wochen, namentlich nach dem Ausschluß aus dem väterlichen Hause und nach der Erkrankung ihres Sohnes, sind bei der Prinzessin eine tiefe Erschütterung und eine körperliche Depression zu Tage getreten, in denen Versoy und mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, in denen sie sich befindet, entschloß sich die Prinzessin, zur Erlangung der für sie dringend notwendigen Ruhe und zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit ärztlichen Beistand in Anspruch zu nehmen. Die Prinzessin hat daher heute Aufnahme in das bei Nyon gelegene Sanatorium La Metairie nachgesucht und dieselbe dort gefunden.

Dresden, 8. Febr. Der Zustand des Prinzen Friedrich Christian war bis heute Abend meist unverändert. Die Temperatur hielt sich immer noch auf 39,8. Das Allgemeinbefinden ist befriedigend.

Dresden, 8. Febr. Die Königin-Wittwe hütet seit mehreren Tagen das Zimmer und nahm auch heute nicht an der Familientafel teil. Die seelischen Aufregungen der letzten Wochen haben die hohe Frau sehr angegriffen.

Aus Nah und Fern.

Verlobung. Fürst und Rheingraf Otto II. zu Salm-Horstmar hat sich mit der Gräfin Rosa zu Solms-Baruth verlobt. Der Fürst ist am 23. September 1867 geboren, 35 Jahre alt, erbliches Mitglied des preußischen Herrenhauses, Rittmeister à la suite der Armee mit der Uniform des 3. Garde-Ulanen-Regiments, bei dem er bis zu dem am 15. Februar 1892 erfolgten Tode seines Vaters als Leutnant Dienste tat, Preses des Deutschen Flottenvereins und Ehrenritter des Johanniterordens. Seine Braut, Gräfin Rosa zu Solms-Baruth, ist die einzige, achtzehnjährige Tochter des Oberstkämmerers und der Gräfin Luise von Hochberg, Tochter des Fürsten Pleß. Gräfin Rosa ist in diesem Winter zum ersten male bei Hofe vorgestellt.

Erhöhung der städtischen Steuern in Berlin. Bei der Schlußberatung des städtischen Etats hat der Magistrat beschlossen, einen Steuerzuschlag von 108 Prozent (gegen bisher 100 Prozent) bei der Einkommensteuer und von 162 Prozent bei den Realsteuern (gegen 150 Prozent) in Vorschlag zu bringen. Die ganze Summe, die durch die Steuern aufgebracht werden muß, beträgt 64 700 000 Mk. Bei dem Etatsat wird auf 8 Prozent Zunahme gerechnet, und dementsprechend wird ein Ueberschuß von 3 200 000 Mk. erwartet. Die erhöhten Steuerzuschläge haben die Folge, daß auch die Regierung mitzureden hat. Der Steuerzuschlag über 100 Prozent unterliegt, nachdem die Stadtverordnetenversammlung ihre Zustimmung erteilt hat, auch der Genehmigung des Oberpräsidenten.

Schweres Unglück zur See. Die „Köln. Ztg." meldet aus Dünkirchen: Ein hierher gehöriger Dreimast-Schooner ist an der schottischen Küste gestrandet. Die Besatzung, 26 Mann, ist wahrscheinlich ums Leben gekommen.

Der Prozeß gegen Rubino wurde am Sonnabend infolge Erkrankung eines der Geschworenen auf nächsten Dienstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Brüsseler Rosenwetter hat sich erkältet. Er versieht zwar seine dienstlichen Obliegenheiten, ohne größere Unbequemlichkeit zu empfinden, leidet aber an starker Heiserkeit.

Eine interessante Erfindung. Ein Arbeiter Namens Baravino aus Spezia hat einen sehr einfachen Apparat erfunden, welcher die Stelle anzeigt, an welcher ein Schiff gestrandet ist, sodaß es geborgen werden kann.

Grubenunglück. Der „Gelsenkirchener Zeitung" zufolge sind auf der Zeche Hugo bei Buer drei Bergleute durch herabfallende Gesteinsmassen getötet worden.

Feuersbrunst. In Hennen bei Schwerte brannten in der vergangenen Nacht fünf Häuser, darunter das Sparkassengebäude, ab.

Einbruch in einen Pfarrhof. Während des Sonntags-Vormittags-Gottesdienstes wurde in den Pfarrhof zu Waltenhofen bei Kempten (Bayern) eingebrochen. Die Diebe stießen Wertpapiere im Betrage von 23 000 Mk. die Kunde hievon verbreitete sich rasch in der Kirche, und ein Teil der Kirchenbesucher nahm die Verfolgung der Einbrecher auf. In der Nähe von Lenzfried wurden sie eingeholt. Als sie sich verfolgt sahen, warfen sie die Wertpapiere fort, gaben Revolver und feuerten auf die Verfolger. Drei der letzteren wurden verwundet, davon einer schwer. Schließlich wurden die Diebe überwältigt und ins Gefängnis nach Kempten gebracht.

Wassereinbruch in ein Bergwerk. Durch Wassereinbruch in ein Bergwerk bei Castuera (Spanien) sind zahlreiche Menschen ums Leben gekommen; doch ist die Zahl der Verunglückten noch nicht bekannt.

Törichte Tat. Man meldet aus Rom: Als der König von Italien am Sonnabend von einer militärischen Uebung zurückkehrte, warf in der Nähe des Quirinals ein Feldwebel in Uniform eine Bittschrift in den königlichen Wagen. Er wurde von zwei Karabinieri verhaftet.

Telegramme.

Hamburg, 8. Febr. Die Generalversammlung der Hypothekenbank in Hamburg genehmigte die vorgeschlagene Dividende von 8 Proz. und erledigte die Tagesordnung ohne Debatte. Es wurde beschlossen, das Aktienkapital von 21 auf 24 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien werden unter Ausschluß eines Bezugsrechts der Aktionäre an ein Konsortium für 152½ Proz. vergeben.

Sofia, 8. Febr. Heute nachmittag fand die feierliche Beisetzung Karawelows in der neuen Kirche in Anwesenheit des Fürsten, der Minister, Deputierten, des diplomatischen Korps und einer großen Volksmenge statt.

Barcelona, 8. Febr. Die Arbeiter-Vereinigungen haben beschlossen, Montag den allgemeinen Ausstand zu beginnen. Die Behörden ergreifen Vorsichtsmaßregeln.

Madrid, 8. Febr. Dem „Imparcial" wird aus Tanger bestätigt, daß der Prätendent sich in der Gefangenschaft der Riatta-Kabylen befindet, die bereit sind, ihn gegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190302091-16/fragment/page=0003

Lösegeld auszuliefern. Zahlreiche Riattas hatten sich am 3. d. Mts. auf das letzte Schlachtfeld begeben, um die Leichname der Gefallenen zu holen. Sie wurden von kaiserlichen Truppen angegriffen, die einige von ihnen töteten und 27 gefangen nahmen. Die Gefangenen wurden nach Fez gebracht.

San Franzisko, 8. Februar. Der hier eingetroffene Dampfer „Mariposa" meldet: Auf den Gesellschafts-Inseln seien am 13. Januar infolge einer Sturmflut ungefähr 1000 Eingeborene ums Leben gekommen, 80 Inseln seien völlig verwüstet.

Provinz Sachsen und Umgebung.

— **Der Trinkerheilstätten-Verein für die Provinz Sachsen** und das Herzogtum Anhalt hat soeben seinen Geschäftsbericht über das Jahr 1902 versandt. Noch immer war zwar die Errichtung einer Trinkerheilstätte nicht möglich, doch ist man der Verwirklichung des Vereinszweckes einen guten Schritt näher gekommen, dank vornehmlich der namhaften Zuwendungen und Jahresbeiträge der Behörden und vieler Freunde, und dank namentlich auch der Arbeit der Mitglieder des Vorstandes, an deren Spitze der Landeshauptmann, Herr Geh. Ober-Reg.-Rat Bartels, steht. Besonders sei darauf hingewiesen, daß die nächste Mitglieder-Versammlung des Vereins auf den 13. Februar, 5 Uhr, nach Magdeburg, Stadtmissionshaus, Hasselbachstr. 1, einberufen ist. Dort findet am gleichen Tage um 8 Uhr eine öffentliche Versammlung statt, in der Professor C. Fränkel-Halle a. S. einen Vortrag über den Alkoholismus (mit Vorführung von Lichtbildern) halten wird.

— **Preisverteilung auf der Berliner Ausstellung für Kartoffelverwertung.** In der Ausstellung für Kartoffelverwertung wurde am Sonnabend kurz nach der Eröffnung die Preisverteilung im Wettbewerbe betr. Herstellung von Trockenkartoffeln als Futtermittel und Handelsware im Groß- und Kleinbetrieb bekannt gegeben. Für die Erzeugung von Trockenkartoffeln im Großbetrieb waren 25 000 Mk. ausgesetzt; davon erhielten einen Preis von je 10 000 Mk. Wilhelm Knauer in Calbe a. S. und Aktien-Gesellschaft Wennkette und Ellenberg in Darmstadt und einen Preis von 5000 Mk. Büttner und Meyer in Uerdingen a. Rh. Für Herstellung im Kleinbetrieb erhielten einen Preis von je 2500 Mk. Aktien-Gesellschaft Wennkette und Ellenberg in Darmstadt und Büttner und Meyer in Uerdingen a. Rh. Besondere Anerkennung wurde ausgesprochen für die Leistungen von L. Wüstenhagen in Hecklingen (Anhalt) und Anhalter Zündwarenfabrik (Heintz und Bischof) in Koswig (Anhalt).

— **Leipzig**, 7. Febr. (Die Pockenerkrankungen) in Leipzig-Lindenau, die bekanntlich durch einen Handlungsreisenden aus Rußland eingeschleppt sind, brauchen zu Besorgnissen keinen Anlaß zu geben. Allerdings ist selbst einer der behandelnden Aerzte erkrankt, allein sämtliche Fälle sind, wie das bei geimpften Personen in der Regel zu beobachten ist, leichter Natur. Alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen, die Kranken sind isoliert, und die Bevölkerung das Stadtteils ist aufgefordert worden, sich einer Impfung zu unterziehen. Im ganzen sind zwölf Personen erkrankt.

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Dienstag, 10. Februar: Gelinde, meist trocken, neblig.
Mittwoch, 11. Februar: Angenehm, teils Sonnenschein, windig.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

					Fall	Wuchs
Saale.						
Halle	8. Febr.	+ 1,86	9. Febr.	+ 1,86	—	—
Trotha	„	+ 1,98	„	+ 1,96	0,02	—
*Alsleben	6. Febr.	+ 1,76	7. Febr.	+ 1,74	0,02	—
*Bernburg	„	+ 1,38	„	+ 1,35	0,03	—
*Calbe, Obp.	„	+ 1,58	„	+ 1,56	0,02	—
do. Untp.	„	+ 0,96	„	+ 0,92	0,04	—
Unstrut.						
*Straußfurt	6. Febr.	+ 1,10	7. Febr.	+ 1,20	—	0,10
Moldau.						
Budweis	5. Febr.	+ 0,00	6. Febr.	+ 0,01	—	0,01
Prag	„	— 0,04	„	+ 0,10	—	0,14
Havel.						
*Brandenburg	6. Febr.		7. Febr.			
Oberpegel	„	+ 2,28	„	+ 2,28	—	—
Unterpegel	„	+ 1,76	„	+ 1,76	—	—
*Rathenow						
Oberpegel	„	+ 1,64	„	+ 1,64	—	—
Unterpegel	„	+ 1,28	„	+ 1,28	—	—
*Havelberg	„	+ 2,33	„	+ 2,32	0,01	—
Elbe.						
Barbuitz	5. Febr.	+ 0,10	6. Febr.	+ 0,20	—	0,10
Brandeis	„	+ 0,36	„	+ 0,30	0,06	—
Melnik	„	— 0,26	„	— 0,25	—	0,01
*Leitmeritz	6. Febr.	— 0,21	7. Febr.	— 0,24	0,03	—
Außig	5. Febr.	— 0,01	6. Febr.	— 0,03	0,02	—
Dresden	6. Febr.	— 1,25	7. Febr.	— 1,26	0,01	—
*Torgau	„	+ 0,92	„	+ 0,83	0,09	—
*Wittenberg	„	+ 1,70	„	+ 1,70	—	—
*Roßlau	„	+ 1,07	„	+ 1,08	—	0,01
*Barby	„	+ 1,44	„	+ 1,40	0,04	—
Magdeburg	„	+ 1,30	„	+ 1,28	0,02	—
*Tangermünde	„	+ 2,05	„	+ 2,04	0,01	—
*Wittenberge	„	+ 1,91	„	+ 1,88	0,03	—
*Lenzen	„	+ 2,00	„	+ 1,98	0,02	—
Dömitz	„	+ 1,32	„	+ 1,30	0,02	—
*Lauenburg	„	+ 1,43	„	+ 1,44	—	0,01

*) Beobachtet in der Mittagszeit nach amtlichen Depeschen der Königlichen Elbstrombau-Verwaltung.

Börsen- und Handelsteil.

Tages-Marktberichte.

— **Berlin**, 7. Februar. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen Mai 162.25 M. Gerste, inländ. Futtergerste 133.00—144.00 M., flamm mit Geruch 128.00—133.00 M., russ. 126.00—129.00 M. Hafer, märk., mecklenb., pomm., preuß., posen. und schles. fein 154.00—165.00 M., mittel 143.00—153.00 M., gering 137.00—142.00 M., gering mit Geruch 132.00—140.00 M. Erbsen, inländ. und russ. Futterware mittel 143.00—152.00 M., feine 153.00—166.00 M. Weizenmehl 00 20.00—22.00 M. Roggenmehl 0 und 1 18.00—19.60 M. Weizenkleie 9.50—10.00 M. Roggenkleie 9.60—10.00 M. — Mittagsbörse: Weizen Mai 162.25—162.00—162.25 M. Juli 165.00—164.75 M. September 167.00—166.75 M. Roggen märk. 134.75—135.00 M. ab Bahn, Mai 141.25 M., Juli 143.00 M. Hafer, märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. und schles. feiner 153.00—164.00 M., mittel 142.00—152.00 M. geringer 136.00—141.00 M. Mai 137.50 M. Weizenmehl 00 20.00—22.00 M. Roggenmehl 0 und 1 18.00—19.60 M. Rüböl Februar 48.70 M. G., Mai 48.80 M. G., Oktober 48.90 M. G. — Preise um 2¼ Uhr (nichtamtlich): Weizen Mai 162.00 M. Juli 164.75 M., September 166.50 M. Roggen Mai 141.00 M. Juli 142.75 M., September 144.00 M. Hafer Mai 137.50 M. Juli 139.25 M. Mais Februar 130.50 M. Mai 115.00 M. Juli 113.25 Mark. Mehl Mai 18.45 M. Juli 18.60 M. Rüböl loko 48.90 M. Februar 48.70 M. Mai 48.80 M. Oktober 48.90 M.

— **Magdeburg**, 7. Febr. (Carl Schulze jun.) Trockenschnitzel und Melasse-Trockenschnitzel 4,10 M. die 50 kg ausschließlich Sack, frachtfrei Magdeburg bei 10 000 kg-Ladungen.

— **Leipzig**. 7. Febr. Produktenmarkt. (Bericht von Neumann u. Leopold, Leipzig.) Weizen, still, per 1000 kg netto inländ. 144—152 bz. Bf., märkischer über Notiz, ausländ. 175—180 bz. Bf. Roggen, flau, per 1000 kg netto, inländ. 133—139 bz. Bf., ausländ. 149—152 Bf., Posener 142—145 Bf. Gerste, per 1000 kg netto, Braugerste hiesige 148—162 bz. Bf., Mahl- und Futterware 127—142 bz. Bf. Hafer, ruhig, per 1000 kg netto inländ. 145—151 bz. Bf., ausländischer —,— Bf. Mais per 1000 kg netto amerikanischer —,— bz. Bf., runder 130—136 bz. Bf., Cinquantin 145—153 bz. Bf. Oelsaat per 1000 kg netto, Raps — Bf. Rapskuchen per 100 kg netto 10,00—10,50 bz. Bf. Rüböl, ruhig, rohes per 100 kg netto frei Haus hier ohne Faß stillstes 48,50 bezahlt, gefrorenes —,— nominell. Außeramtlich: Malz per 100 kg netto loco 26—28. Wicken per 1000 kg netto loco 160 bis 170. Erbsen per 1000 kg netto loco große 200 bis 220, do. kleine 170 bis 190, do. Futter 150—170. Bohnen per 100 kg netto loco 16—20. Kleesaat per 100 kg netto rot nach Qual. 120—150, do. weiß nach Qual. 150 bis 190, do. gelb nach Qual. 50—60, schwed. nach Qual. 120—160, feinste Qualität höher. Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgegend notieren: Weizenmehl Nr. 00 22,00 M, do. Nr. 0 19,50 bis 20,50 M, do. Nr. I 18,00—19,00 M, do. Nr. II 17,00—17,50 M, Weizenschalen 9,25—9,75 M, Roggenmehl Nr. 0/I 20,50 M, do. Nr. II 14,00—14,50 M, Roggenkleie 10,00—10,50 M per 100 kg excl. Sack.

— **New-York**, 6. Febr., 6 Uhr Abends. Warenbericht. (Die gestrigen Notierungen sind eingeklammert beigefügt.) Baumwolle-Preis in New-York 9,15 (9,15), Lieferung April 8,98 (8,93), Lieferung Juni 8,94 (8,92), in New-Orleans 8¹⁵/₁₆ (8¹⁵/₁₆). Petroleum, Stand white in New-York 8,20 (8,20), in Philadelphia 8,15 (8,15), Rasined (in Cases) 10,50 (10,50), Credit Balances at Oil City 1,50 (1,50), Schmalz, Western steam 10,00 (10,00), Rohe & Brothers 10,30 (10,30), Mais**) per Febr. 59¾ (60), Mai 51¾ (51⅝), Juli 49⅜ (49⅜), Weizen**) rother Winterweizen loco 82⅝ (81⅞), Weizen per Febr. —,— (—,—), per Mai 82¾ (81⅞), per Juli 79⅛ (78⅞), per Sept. —,— (—,—), Getreidefracht nach Liverpool 1⅛ (1⅛), Kaffee fair Rio Nr. 7 5⅝ (5⅝), Rio Nr. 7 per März 4,35 (4,40), per Mai 4,50 (4,55), Mehl, Spring-Wheat clears 3,05—3,10 (3,05—3,10), Zucker 3²/₃₂ (3²/₃₂), Zinn 28,75 bis 28,97 (28,62—28,90), Kupfer 12,62—12,87 (12,62—12,87).

*) Tendenz Mais: fest.
**) Tendenz Weizen: fest.

Wochen-Marktberichte.

— **Bericht über den Oelkuchenmarkt von Achenbach & Co., Hamburg**, 6. Febr. Die Lage des Marktes ist unverändert. Das Geschäft liegt anhaltend flau, während sich die Preise auf ihrer Höhe behaupten. Erdnußkuchen und -Mehl. Die Marseiller Mühlen sind mit ihren Angeboten sehr zurückhaltend. Es sind bereits größere Abschlüsse für spätere Lieferung gemacht worden und man versucht daher, für den Rest der Produktion höhere Preise zu erlangen. Greifbare Ware wird wenig angeboten und teuer bezahlt, und für spätere Abschlüsse hat man, der festeren Stimmung gemäß, die Forderungen auch bereits höher gesetzt. Preis: 132—150 M für 1000 kg ab Hamburg, je nach Güte und Gehalt. — Baumwollsaatmehl. Es wird sehr wenig von Amerika angeboten und für das wenige werden andauernd hohe Preise verlangt. Von Texas-Ware kommen überhaupt nur hin und wieder ganz geringe Mengen an den Markt. Unter solchen Umständen können sich die Preise natürlich leicht behaupten und die Aussichten auf ein baldiges Weichen der Werte werden immer geringer. Preis: 135—146 M für 1000 kg ab Hamburg, je nach Güte und Gehalt. — Kokoskuchen. Das Interesse ist etwas reger geworden, was eine kleine Preisaufbesserung zur Folge gehabt hat. Preis: 115—127 M für 1000 kg ab Hamburg. Maisölkuchen. Hiermit liegt es unverändert. Greifbare Ware ist fast gar nicht zu haben, und auch für spätere Lieferungen fehlt es an Angeboten. Die Preise können sich daher mit Leichtigkeit behaupten. Preis: 132 bis 136 M für 1000 kg ab Hamburg. — Palmkuchen. Die Marktlage ist unverändert. Die Stimmung ist im allgemeinen etwas fester. Preis: 106—110 M für 1000 kg ab Harburg. — Leinsaatkuchen und -Mehl. Die Preise sind unverändert, das Angebot ist unbedeutend. Preis: 140—144 M für 1000 kg ab Hamburg. — Reisfuttermehl. Die Nachfrage ist gut, die Preise behaupten sich. Preis: 94—100 M für 1000 kg ab Hamburg.

— **Düsseldorf**, 5. Febr. A. Kohlen und Koks. I. Gas- und Flammkohlen: a. Gaskohle für Leuchtgasbereitung 11,00—13,00 M, b. Generatorkohle 10,50—11,80 M, c. Gasflammförderkohle 9,75—11,00 M. II. Fettkohlen: a. Förderkohle 9,00—9,80 M, b. beste melierte Kohle 10,50—11,80 M, c. Kokskohle 9,50—10,00 M. III. Magere Kohlen: a. Förderkohle 8,00—9,80 M, b. melierte Kohle 10,00—12,50 M, c. Nußkohle Korn II. (Anthracit) 19,50—24,00 M. IV. Koks: per 1903 I. Sem. a. Gießereikoks 16,00—17,00 M, b. Hochofenkoks 15,00 M, c. Nußkoks, gebrochen 17—18 M. V. Briketts: 11—14 M. B. Erze: 1) Rohspat, je nach Qualität, 10,20 M, 2) Spateisenstein, geröstet, je nach Qualität, 14,00 M, 3) Somorrostro f. o. b. Rotterdam —,— M, 4) nassauischer Roteisenstein mit etwa 50% Eisen —,— M, 5) Rasenerze, franco —,— M. C. Roheisen: 1) Spiegeleisen Ia. 10—12% Mangan 66,00—67,00 M, 2) weißstrahl. Qual.-Puddelroheisen: a. rheinisch-westfälische Marken 56 M, b. Siegerländer Marken 56 M, 3) Stahleisen 58 M, 4) englisches Bessemereisen cif. Rotterdam ab., 5) spanisches Bessemereisen, Marke „Mudela". cif. Rotterdam —,— M, 6) deutsches Bessemereisen 61—65 M, 7) Thomaseisen fr. Verbrauchsstelle 57,00 M, 8) Puddeleisen (luxemb. Qual.) ab Luxemburg 45,00 M, 9) englisches Roheisen Nr. III. ab Ruhrort 67 M, 10) luxemburgisches Gießereieisen Nr. III. ab Luxemburg 52 M, 11) deutsches Gießereieisen Nr. I. 65—66 M, 12) do. Nr. II — M, 13) do. Nr. III. 62 M, 14) deutsches Hämatit 66—67 M, 15) span. Hämatit (Marke „Mudela") ab Ruhrort —,— M. D. Stabeisen: Gewöhnliches Stabeisen (Flußeisen) 106,00—110,00 M, Schweißeisen 115—117,50 M. E. Bleche: 1) Gewöhnliche Bleche aus Flußeisen 120 M, 2) do. aus Scheißeisen — M, 3) Kesselbleche aus Flußeisen 150,00 M, 4) do. aus Schweißeisen —,— M, 5) Feinbleche —,— M. F. Draht: 1) Eisenwalzdraht —,— M, 2) Stahlwalzdraht 120,00 M. Der Kohlenmarkt ist ruhiger, vorzugsweise infolge der milden Witterung. Der Eisenmarkt hat sich im allgemeinen weiter befestigt.

Waren- und Produktenberichte.

Betriebe

* **Hamburg**, 7. Februar. Weizen fest, holsteinischer und mecklenburgischer 154,00. Hard Winter Nr. 2 Februar-Ablad. 133½. Roggen ruhig, südrussischer fest, 9 Pud 20/25, Febr.-Abladung 106, holstein. und mecklenburgischer 142,00. Mais ruhig, 126—128, runder ——, Hafer stetig, Gerste fest.

* **Wien**, 7. Februar. Weizen per Frühjahr 7,85 Gd., 7,86 Br., per Mai-Juni — Gd., — Br. Roggen per Frühjahr 6,86 Gd., 6,87 Br., per Mai-Juni — Gd., — Br. Mais per Mai —,— Gd., —,— Br. Hafer per Frühjahr 6,26 Gd., 6,27 Br.

* **Pest**, 7. Februar. Weizen loko höher, do. per April 7,51 Gd., 7,52 Br., per Oktober 7,58 Gd., 7,59 Br. Roggen per April 6,57 Gd., 6,58 Br. Hafer per April 5,98 Gd., 5,99 Br. Mais per Mai 5,97 Gd., 5,98 Br., per Juli 6,09 Gd., 6,10 Br.

* **Antwerpen**, 7. Februar. Weizen fest, Roggen fest, Hafer behauptet, Gerste behauptet.

* **London**, 7. Februar. An der Küste 1 Weizenladung angeboten.

* **Amsterdam**, 7. Februar. Weizen auf Termine geschäftslos, do. per März —,—, do. per Mai —,—. Roggen auf Termine geschäftslos, do. per März —, do. per Mai —,—.

* **Paris**, 7. Februar. (Anfang.) Weizen fest, per Februar 23,55, per März 23,65, per März-Juni 23,55, per Mai-August 23,45. Roggen ruhig, per Februar 16,75, per Mai-August 16,75.

* **Paris**, 7. Februar. (Schluß.) Weizen beh., per Februar 23,50, per März 23,50, per März-Juni 23,50, per Mai-August 23,45. Roggen ruhig, per Februar 16,75, per Mai-August 16,75.

Raps.

* **Hamburg**, 7. Februar. Rapssaat. Holstein., mecklenburger u. niederelber 190—195 Mk.

Zucker.

* **Hamburg**, 7. Februar. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord. Hamburg per Februar 15,80, per März 15,90, per Mai 16,25, per August 16,65, per Oktober 17,80, per Dezember 17,70. Ruhig.

* **London**, 7. Februar. 96% Proz. Java-Zucker loco 9¾ nominell. Rüben-Rohzucker loko 7⅛ sh. Stetig.

Kaffee.

* **Hamburg**, 7. Februar, nachmittags. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos. März 27 G., Mai 27¾ G., September 28½ G. Dezember 29 G. Tendenz: Behauptet.

* **Amsterdam**, 7. Februar. Java-Kaffee good ordinary 29.

* **Havre**, 7. Februar. Kaffee. (Anfangsbericht.) Kaffee in Newyork schloß stetig, unverändert bis 5 Punkte niedriger. Zufuhren in Rio 7000 Sack, Santos 24 000 Sack für gestern.

* **Havre**, 7. Februar. (Schlußbericht.) Kaffee. Good average Santos Februar 32,50, März 32,75, Mai 33,25, September 34,25, Dezember 35,00. Tendenz: Kaum behauptet.

Petroleum.

* **Hamburg**, 7. Februar. Petroleum behauptet. Standard white loco 6,95 Br.

* **Antwerpen**, 7. Februar. Petroleum. Raff. Type weiß loko 21 bez., Br., do. per Februar 21 Br., do. per März 21¼ Br., do. per April 21½ Br. Tendenz: Fest.

Spiritus.

* **Nordhausen**, 6. Febr. Branntwein 40 Vol.-% für 100 Kilogr. (105—106 Ltr.) 57,50—59,50 Mk. Branntwein 45 Vol.-% für 100 Kilogr. (106—107 Ltr.) 63,50—65,50 Mk., ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Kommission der Branntweinsabfinkanten durch die Handelskammer notiert.

* **Hamburg**, 7. Februar. Spiritus ruhig, Februar 13⅜ Br., 13 G., Februar-März 13¾ Br., 13 G., März-April 13¾ Br., 13 G., April-Mai 13¾ Br., 13 G.

* **Paris**, 7. Februar. (Anfangsbericht.) Spiritus, beh., Februar 42,25, März 42,50, Mai-August 42,75, September-Dezember 36,75.

* **Paris**, 7. Febr., (Schlußbericht.) Spiritus fest, Februar 42,50, März 42,50, Mai-August 43,00, September-Dezember 36,50.

Hülsenfrüchte.

* **Magdeburg**, 7. Februar. Erbsen, gelbe zum Kochen, 18,00 bis 22,00 Mk., Speisebohnen (weiße) 20,00—36,00 Mk., Linsen 18,00 bis 30,00 Mk. alles für 100 kg.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* **Hamburg**, 7. Februar. Rüböl ruhig, loco 49,50.

* **Köln**, 7. Februar. Rüböl loco 53,00, Mai 51,00.

* **Amsterdam**, 7. Februar. Leinöl loco —, März 25⅛, März-Mai —, Juni-August —, Sept.-Dez. 23¼.

* **Hamburg**, 6. Februar. Schmalz. Amerik. Steam 48½ Mk., do. raff. in Tierces, Marke Armour's Spezial 50 Mk., do. do. Chamberlain, Roe u. Co. 50 Mk., do. do. Choice Grocery 50 Mk., div. Marken 49½—49⅝ Mk. Alles per 50 Kilogr. netto transito.

* **Paris**, 7. Februar. (Schluß-Bericht.) Rüböl ruhig, Febr. 54,00, März 54,25, Mai-August 55,25, Sept.-Dez. 55,75.

Kartoffeln. Stärke. Kartoffelmehl.

* **Berlin**, 7. Februar. Kartoffelstärke 18,00 Mk., Kartoffelmehl 18,00 Mk., feuchte Stärke 9,50 Mk.

* **Hamburg**, 6. Februar. Kartoffelstärke 17⅜—18 Mk., Lieferung März-April 17⅜—18 Mk., Kartoffelmehl, prompt 17⅜—18 Mk., Lieferung März-April 17¾—18 Mk., Superior-Stärke 18¼—18¾ Mk., Superior-Mehl 18½—19 Mk. per 100 Kilogramm.

* **Magdeburg**, 7. Februar. Eßkartoffeln 5,00—6,00 Mk. für 100 kg.

Fleisch. Butter. Eier

* **Magdeburg**, 7. Februar. Rindfleisch im Großhandel 0,95 bis 1,04 Mk., von der Keule 1,40—1,60 Mk., Bauchfleisch 1,20—1,30 Mk. Schweinefleisch 1,40—1,60 Mk., Kalbfleisch 1,30—1,50 Mk., Hammelfleisch 1,30—1,50 Mk., Speck, geräuch., 1,60—1,80 Mk., Eßbutter 2,20 bis 2,60 Mk., alles für 1 kg, Eier für 60 Stück 3,80—4,60 Mk.

Fische.

* **Hamburg**, 6. Februar. Die heutigen Engrospreise stellten sich je nach Qualität per Pfund: Steinbutt, große und mittel 100—110 Pfg., kleine 30—35 Pfg., Seezungen, große 140—150 Pfg., kleine 105 bis 125 Pfg., dänische 125—130 Pfg., Kleitze, große 60—70 Pfg., kleine 30—45 Pfg., Rotzungen 45—60 Pfg., Schollen, große 50—65 Pfg., mittel 60—70 Pfg., kleine 20—35 Pfg., lebende Karpfen 85 Pfg., Schellfische, große 25—35 Pfg., mittel 18—25 Pfg., kleine 12—22 Pfg., Cabliau, große 23—30 Pfg., kleine 18—25 Pfg., Seehechte 30—33 Pfg., Lengfisch 13—18 Pfg., Blaufisch 10—11 Pfg., Knurrhähne — bis — Pfg., Dorsch 12—25 Pfg., Rochen 10—12 Pfg., Elblachs —,— Pfg., Lachs, rothf., —,— Pfg., Silberlachs —,— Pfg., Lachsforellen 150—350 Pfg., Zander 65—90 Pfg., Flußhechte 65—70 Pfg., Schnepel 30—40 Pfg., Barse 30—35 Pfg., Brachsen 25—30 Pfg., Hummern, lebende 245—255 Pfg.

Stroh. Heu.

* **Magdeburg**, 7. Februar. Richtstroh 4,00—5,00 Mk., Krummstroh 3,00—3,50 Mk., Heu 6,00—7,50 Mk. für 100 kg.

Baumwolle und Wolle.

* **Bremen**, 7. Februar. Baumwolle. Stetig. Upland middling loco 46½ Pfg.

* **Antwerpen**, 7. Febr. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Mai 4,77½ bez., Dezember 4,80 bez. Behauptet.

* **Havre**, 6. Februar. 3¾ Uhr. Wolle. Februar 145,50, Juli 148,00. Tendenz: Stetig.

* **Liverpool**, 7. Februar. (Schluß-Bericht.) Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Tendenz: Stetig.

Amerikan. good ordinary Lieferungen: Erregt.

Per Februar	4,83,	Per Juni-Juli	4,85,
„ Febr.-März	4,83,	„ Juli-August	4,85,
„ März-April	4,83,	„ August-Sept.	4,76,
„ April-Mai	4,84,	„ Sept.-Okt.	4,55,
„ Mai-Juni	4,85,	„ Okt.-Nov.	4,45.

Metalle.

* **Amsterdam**. 7. Februar. Bancazinn 80¼.

* **London**, 7. Febr. Silber 21¹⁵/₁₆ Lstrl., Chili-Kupfer 56¼ Lstrl., per 3 Monate 55⅞ Lstrl., Blei span. 11½ Lstrl., engl. 11⅝ Lstrl., Zinn 132 Lstrl., Zink 20⅝ Lstrl.

* **Glasgow**. 7. Februar. (Schlußbericht.) Roheisen. Mixed numbers warrants 53 sh. — d. Warrants Middlesborough 47 sh. 1½ d.

Düngemittel.

* **Hamburg**, 6. Februar. (Chile-Salpeter.) Loco ab Lager 8,52½.

* **Rio de Janeiro**, 6. Februar. Wechsel auf London 11⁷/₁₆.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton Dr Walther Gebensleben; für Provinz und Allgemeines: Otto E. Neumann; für Lokales: Erich Benthner; für den Börsen- und Handelsteil: Adelbert Kirstein, sämtlich in Halle a. S. Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „An die Redaktion der Hallischen Zeitung in Halle a. S." zu adressieren.

Peckolt & Raake, Bankgeschäft, Halle a. S., Riebeckplatz, An- u. Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung von Bareinlagen, Conto-Corrent-, Wechsel-, Hypothekenverkehr.

Für die Inserate verantwortlich Otto Brakel, Halle a. S.

Mit 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190302091-16/fragment/page=0004